



**Natürlich  
wählen**

9. Juni  
Europawahl



## ***#NatürlichWählen***

Mit einem zukunftsfähigen  
Europa raus aus den Krisen

Basierend auf den  
DNR-Europawahlforderungen

[www.natürlichwählen.eu](http://www.natürlichwählen.eu)

Wir haben der Europäischen Union in den letzten Jahren viele gute Errungenschaften zu verdanken: Der Europäische Green Deal mit dem Klimapaket „Fit for 55“, der Farm-to-Fork-Strategie und jüngst dem Gesetz zur Wiederherstellung der Natur haben die Weichen für ein klimaneutrales, naturverträgliches und zukunftsfähiges Europa gestellt. Für uns ganz alltägliche Dinge wie sauberes Trinkwasser, bessere Luftqualität und gesunde Lebensmittel gibt es vor allem, weil die EU in der Vergangenheit hierfür starke Umweltstandards geschaffen hat. Und auch Demokratie, Sicherheit und Wohlstand sind das Ergebnis eines gemeinsamen und bedachten Handelns der Europäischen Union in den vergangenen Jahrzehnten. Diesen Weg muss die EU nun konsequent und zielstrebig weitergehen.

9.

Bei den Europawahlen am 9. Juni 2024 können die Bürger\*innen mit ihrer Stimme dafür sorgen, dass ein solidarisches und demokratisch verfasstes Europa diese Werte und Errungenschaften weiter hochhält und sich voller Entschlossenheit gegen den drohenden Rechtsruck, gegen die Klimakrise und gegen das Artensterben stellt.



## Eine Umweltpolitik, die alle mitnimmt

Demokratie und Freiheit bilden das Fundament der Europäischen Union. Es ist entscheidend, diese Werte gegen autoritäre oder populistische Strömungen zu verteidigen und zu stärken. Damit die ökologische Transformation nicht zu einer weiteren Vertiefung sozialer Spaltungen in der Europäischen Union führt, müssen bei allen **Umwelt-, Natur-, Tier- und Klimaschutzmaßnahmen immer die sozialen Folgen geprüft und Härten ausgeglichen** werden, ohne deren Ambition zu minimieren. Eine verbindliche Weiterführung und Ergänzung des Europäischen Green Deals und eine sozial gerechte Umsetzung sind unverzichtbar für die Glaubwürdigkeit und Zukunftsfähigkeit der EU.



Eine sozial gerechte europäische Klima- und Umweltpolitik, die unsere Demokratie stärkt, umfasst:

- **die finanzielle Abfederung von Klimapolitik zu sichern**, um alle Menschen mitzunehmen: durch die **Einführung eines Klimageldes** und **eines größeren Klimasozialfonds**.
- **für bezahlbare Energie und Lebensmittel zu sorgen**: Bis 2040 sollte die EU im gesamten Energiesektor zu 100 Prozent Erneuerbare Energien erreicht haben – günstig und naturverträglich. Dabei muss die Bürger\*innen-Energie im Vordergrund stehen, also von Bürger\*innen umgesetzte, dezentrale Formen der Energieversorgung, die lokal auf- und ausgebaut werden. Alle Verbraucher\*innen müssen unabhängig von ihrem Einkommen in der Lage sein, sich gesund und möglichst pflanzenbasiert zu ernähren. Alle Landwirt\*innen haben ein Recht auf faire Preise für nachhaltig produzierte Lebensmittel. Gleichzeitig muss die EU **mehr Umwelt-, Klima-, Biodiversitäts- und Tierschutz in der Landwirtschaft** in einem übergeordneten Rechtsrahmen verankern und in alle bestehenden Gesetze integrieren.
- die **Gleichstellung der Geschlechter und die Berücksichtigung marginalisierter Gruppen**, die soziale Ungleichheit reduziert und die gesellschaftliche Teilhabe stärkt. Alle Umwelt- und Klimamaßnahmen müssen dahingehend geprüft werden, wie sie die geschlechtsspezifische Situation von Frauen und allen Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert werden, beeinflussen.

## Krisen global lösen

Umweltkrisen und Klimaerhitzung werden immer mehr zu Treibern von Konflikten, Kriegen und Fluchtbewegungen. Allein in der EU führten die Auswirkungen der Klimaerhitzung zu mehr als 60.000 Hitzetoten im Jahr 2022. Noch stärker leiden Menschen im Globalen Süden unter den Folgen der Klima- und Biodiversitätskrise, was zu einer hohen Zahl von Umwelt- und Klimavertriebenen führt. Die EU-Staaten tragen aufgrund der historischen Ausbeutung von Mensch und Natur im Globalen Süden und durch ihre historisch hohen Treibhausgasemissionen seit Beginn der industriellen Revolution eine besondere Verantwortung, Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Die Einhaltung des 1,5°C-Limits von Paris ist hierfür eine zentrale Richtschnur. **Ambitionierte und verlässliche Klima- und Umweltpolitik weltweit, die dafür sorgt, dass wir die planetaren Belastungsgrenzen nicht weiter überschreiten, ist somit immer auch Friedenspolitik und Teil einer vorausschauenden Asyl- und Migrationspolitik.**

Zukunftsorientiert für Sicherheit zu sorgen bedeutet demnach auch, auf globaler und europäischer Ebene **Ernährungssicherheit** zu schaffen – nicht durch Produktivitätssteigerung um jeden Preis, sondern durch langfristig und nachhaltig **resiliente Agrar- und Ernährungssysteme, die wir**



**durch den verantwortungsvollen Umgang und gezielten Einsatz der vorhandenen natürlichen Ressourcen erreichen.** Das gilt auch für die Sicherung der europäischen Energieunabhängigkeit durch **naturverträgliche erneuerbare Energien** sowie die Abwendung von klimabedingten Umweltkatastrophen.

Eine europäische Klima- und Umweltpolitik, die der historischen Verantwortung Europas gerecht wird und so zum Frieden und zur Sicherheit beiträgt, muss

- die **EU-Klimaziele** für 2035 und 2040 **auf den 1,5°C-Pfad ausrichten.** Diese Ziele müssen auf den wissenschaftlichen Erkenntnissen des unabhängigen EU-Klimabeirats basieren. Dazu gehört auch eine stärkere Unterstützung von Ländern außerhalb der EU im Klimaschutz.
- weltweit für den **raschen Ausstieg aus den fossilen Energien** sorgen und hier mit gutem Beispiel vorangehen. Dazu gehört der Ausstieg der EU aus der energetischen Nutzung von fossilem Gas und Öl bis spätestens 2040.
- den **globalen Flächenverbrauch für die europäische Agrar- und Ernährungsindustrie deutlich verringern.** Großes Potenzial liegt hier in der Reduktion der Tierbestände und damit einhergehend des Fleischkonsums, da hier weltweit enorme Flächen für den Futtermittelanbau genutzt werden. Es darf keine neue Zerstörung oder Degradierung natürlicher Ökosysteme durch die globale Ausweitung landwirtschaftlicher Flächen stattfinden. Im Handel mit Nicht-EU-Staaten müssen soziale und ökologische Mindeststandards eingehalten werden.



## Gesunde Umwelt für gesunde Menschen

Die Gesundheit der europäischen Bürger\*innen ist untrennbar mit der Qualität unserer Umwelt verbunden. Beides steht durch unseren Umgang mit der Natur ebenso wie unsere Form des Wirtschaftens unter großem Druck. Spätestens die Coronapandemie hat gezeigt, dass bestimmte Viruserkrankungen eng mit der Haltung, dem Handel und dem Import von Wildtieren verknüpft sind. Die industrielle Tierhaltung bringt Antibiotikaresistenzen mit sich, die Herstellung und der **Einsatz** von Chemikalien führen zur Verschmutzung von Luft, Wasser und Böden. Die Auswirkung der Klimaerhitzung führte allein in 2022 zu mehr als 60.000 Hitzetoten in der EU. Der zu hohe Einsatz von Pestiziden in der europäischen Landwirtschaft verursacht erhebliche Schäden für die Insektenvielfalt, die Bodenqualität, den Zustand der Gewässer und stellt auch für die menschliche Gesundheit Risiken dar. Diese reichen von akuten und chronischen Hauterkrankungen über Krebs, Fruchtbarkeits- und Erbgutschäden bis hin zu Missbildungen bei Neugeborenen. Pestizide werden insgesamt zu den gefährlichsten Umweltgiften der Welt gezählt.





Doch auch künftige Risiken für die menschliche Gesundheit und für die Gesundheit der Ökosysteme müssen von der EU eingedämmt werden. Das **Vorsorgeprinzip** verfolgt den Ansatz der Risiko- und Gefahrenvermeidung in der Umweltpolitik und ist eines der wichtigsten Grundprinzipien der EU. **Der Gesundheitsschutz muss daher mit vorsorglicher und starker Umwelt-, Natur-, Klima- und Tierschutzpolitik verknüpft werden.**

Wir stärken die Gesundheit der Menschen und der Umwelt in Europa, indem:

- neue gentechnische Verfahren weiterhin streng reguliert werden durch eine Gewährleistung von **Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit und Wahlfreiheit**. Die unkontrollierte Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in Ökosysteme und auf Märkte verstößt gegen das Vorsorgeprinzip und nimmt Verbraucher\*innen und Landwirt\*innen das Recht auf freie Entscheidung und Selbstbestimmung.
- bis 2030 die **Wiederherstellung von Ökosystemen** auf mindestens 20 Prozent der Fläche erreicht wird sowie auf 30 Prozent der Land- und Meeresfläche der EU effektiv gemanagte Schutzgebiete eingerichtet werden. Zu diesem Zweck muss die EU einen Wiederherstellungsfonds für die Natur einrichten.
- die Landwirtschaft naturverträglich und zukunftsfähig transformiert wird. Hierzu gehört, dass der **Einsatz und das Risiko chemisch-synthetischer Pestizide** bis 2030 mindestens halbiert und der **übermäßige Stickstoffeinsatz in der Landwirtschaft**, welcher Böden und Grundwasser belastet, **drastisch reduziert** werden.

## Weichenstellung für ein gutes Leben

Die Bürger\*innen in Europa wünschen sich Wohlstand, Lebensqualität und sichere Lebensbedingungen. Doch hohe Lebenshaltungskosten, Inflation und soziale Spaltung belasten die Menschen schwer. Die Auswirkungen von Umweltkrisen und der Klimaerhitzung verschärfen ihre Situation zusätzlich.

Für die Zukunftsfähigkeit Europas ist zentral, dass Wohlstand nicht mehr nur als rein ökonomisches Wirtschaftswachstum definiert wird, sondern vielmehr als eine Sicherung unserer Lebensgrundlagen. Die Leistungen unserer Natur, die Stärke des sozialen Miteinanders, Bildung, Tierschutz und demokratische Teilhabe haben erhebliche Auswirkungen auf unseren Wohlstand.

Eine nachhaltige Wirtschaftsstruktur, die auf erneuerbaren Energien, einer sozial und ökologisch gerechten Land- und Forstwirtschaft, nachhaltiger und tierschutzkonformer Fischerei und umweltfreundlichen Net-Zero-Technologien basiert, fördert die Zukunftsfähigkeit der EU, sichert den europäischen Industriestandort und ist ein Motor für neue Jobs.



Wir stärken den Wohlstand und die Lebensqualität in Europa, indem:

- die europäische Wirtschaft sich ausrichtet auf **massive Einsparung von Energie und Ressourcen, Suffizienz und Elektrifizierung** als Grundbedingung für echte Innovation – auch mit Blick auf die **Kreislaufwirtschaft** als Grundpfeiler unseres zukünftigen Wohlstands.
- Umwelt- und klimaschädliche Subventionen konsequent abgebaut werden, da sie den Wandel hin zu einer klimaneutralen Wirtschafts- und Lebensweise in Europa ausbremsen, und das **Verursacherprinzip**, etwa durch eine **Besteuerung von Verschmutzung und Ressourcenverbrauch, konsequent umgesetzt wird.**
- **die EU-Agrargelder künftig nur noch für ökologische Leistungen** zum Klima-, Biodiversitäts-, Tier-, Gesundheits- und Umweltschutz oder dem Ab- und Umbau der Tierhaltung eingesetzt werden. Es ist entscheidend, dass Landwirt\*innen bei der Ausrichtung auf ein sozial und ökologisch zukunftsfähiges Agrar- und Ernährungssystem gezielt unterstützt wird und somit die Steuergelder der EU-Bürger\*innen sinnvoll eingesetzt werden.



Die Europawahl-Kampagne #NatürlichWählen ist eine Initiative des Umweltdachverbands Deutscher Naturschutzring (DNR).



**Impressum:**

Deutscher Naturschutzring e.V.  
Marienstr. 19–20  
10117 Berlin

